

**Protokoll
über die öffentliche Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses am 17.11.2004**

Beginn: 17:45 Uhr

Ende: 19:35 Uhr

Ort: Stadthaus, Raum 6046, Am Packhof 2-6 in 19053 Schwerin

Anwesenheit

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Hubert, Rudolf

ordentliche Mitglieder

Ehlers, Sebastian	CDU
Haker, Gerlinde	SPD
Hoffmann, Karin	
Leppin, Patricia	Unabhängige Bürger
Littwin, Thomas	
Maier, Elke	
Mielke, Axel	
Möller, Sebastian	PDS
Munzert, Thomas	CDU
Nolte, Stephan	CDU
Redmann, Irene	SPD
Ruppenthal, Thomas	

stellvertretende Mitglieder

Bahr, Andreas	PDS
Budde, Bernd	
Habeck, Antje	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kowalk, Peter	CDU

Verwaltung

Buck, Holger
Junghans, Hermann
Müller, Karen
Seifert, Heike

Schriftführer

Beck, Sibylle

Gäste

Deutschler, Christian

Frevel, Ulla

Gentner, Sabine

Hilbig-Fischer, Franziska

Kuhlmann, Pierre

Nagel, Cornelia

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Preuß, Angela

Sembritzki, Erika

PDS

Villwock, Regina

Leitung: Rudolf Hubert

Schriefführer: Sibylle Beck

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sondersitzung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Mitteilungen der Verwaltung
3. Überplanmäßige Einnahmen/Ausgaben in der Kindertagesförderung im Haushaltsjahr 2004
Vorlage: 00214/2004
4. Satzung über die Benutzung von Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen für Kinder in der Landeshauptstadt Schwerin
Vorlage: 00270/2004
5. Konzept zur Arbeit des kommunalen Präventionsrates
Vorlage: 00079/2004
6. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sondersitzung, Begrüßung und Feststellung der Beschlußfähigkeit

Protokoll:

Herr Hubert, der 1. Stellvertreter der Ausschussvorsitzenden, begrüßte die Ausschussmitglieder, den Dezernenten, Herrn Junghans, und die Gäste. Die Sitzungsdauer wurde auf max. 2 Stunden festgesetzt. Herr Hubert stellte die

Beschlussfähigkeit fest und forderte zur Abstimmung über die Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis:

Die Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

zu 2

Mitteilungen der Verwaltung

Protokoll:

Der Dezernent informierte darüber, dass es keinen Doppelhaushalt geben wird. Der Haushalt 2005 ist eingebracht, die Prognose sei schlimmer als befürchtet. In dem Entwurf sind die Haushaltsansätze aus dem Jahr 2004 übernommen worden. Auf der Sitzung des Hauptausschusses am 16.11.2004 ist dem Antrag der Fraktionen zugestimmt worden. Der Antrag wurde verlesen:

„1. der Oberbürgermeister wird aufgefordert, in den Haushaltstellen 4700 71717 (Soziales) sowie in 45130 76010 und 45210 76002 (Kinder- und Jugendarbeit) die Ansätze des Haushaltes 2004 für den Haushaltsplan 2005 in Ansatz zu bringen.

2. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, der Stadtvertretung die entsprechenden Prioritätenlisten dieser Bereiche überarbeitet vorzulegen, um bei Aufrechterhaltung der Angebote Einsparpotentiale zu erzielen.“

Der Antrag auf Sondersitzung der Stadtvertretung wurde zurückgezogen.

Herr Hubert ergänzte, dass er auf seine Nachfrage, ob nur der UA 71717 in der Haushaltstelle 4700 gemeint sei, von Herrn Funk eine verbindliche Information erhalten hat: Zwischen dem Oberbürgermeister, Herrn Claussen, und dem Finanzdezernenten, Herrn Schmülling, wurde Einvernehmen darüber erzielt, dass selbstverständlich in der Vorlage der gesamte UA 4700 gemeint sei und dass die dort ursprünglich aufgeführte Haushaltstelle ausdrücklich ein redaktionelles Versehen sei

zu 3

Überplanmäßige Einnahmen/Ausgaben in der Kindertagesförderung im Haushaltsjahr 2004

Vorlage: 00214/2004

Protokoll:

Herr Hubert forderte die Verwaltung auf, die Vorlage einzubringen, die von Frau Seifert erläutert wurde:

Schwerpunkt der Vorlage seien natürlich die Mehrausgaben i.H.v. 891.490 €. Darüber sind der Finanzausschuss und der Hauptausschuss bereits mündlich informiert worden. Sie begründete die Mehrausgaben u.a. :

- mit einer höheren Belegung in den Kitas
- der nicht möglichen fallgenauen Planung
- höheren Kosten in allen Bereichen (Zuschüsse an die freien Träger, an die Kita gGmbH, bei den Ermäßigungen)
- die Übertragung der im Dezember 2003 ausgereichten Landesmittel in das Haushaltsjahr 2004 nicht erfolgt ist.

Herr Hubert forderte auf, über Tischvorlage abzustimmen. Mit 14 Ja-Stimmen und einer Enthaltung wurde die Tischvorlage angenommen.

Nunmehr kam es zur Abstimmung über die Beschlussvorlage.

Beschluss:

Die Beschlussvorlage 00214/2004 wurde ungeändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 15 einstimmig

zu 4

Satzung über die Benutzung von Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen für Kinder in der Landeshauptstadt Schwerin

Vorlage: 00270/2004

Protokoll:

Die Satzung wurde auf der letzten Sitzung des JHA eingebracht und die JHA-Mitglieder, die Kindertagesstätten und der Stadtälternrat angeschrieben.

Herr Hubert machte zum Verfahren den Vorschlag, bei der Diskussion die Anträge zur Abstimmung zu stellen und beantragte Rederecht für den Stadtelternrat.

Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Es liegen Änderungsanträge vom Diakonischen Werk, von der AWO und der PDS-Fraktion vor.

Herr Hubert machte weiterhin den Vorschlag, paragraphenweise vorzugehen.

§ 1 ohne Änderung

§ 2 Antrag der AWO

- „erwerbssuchend“ zu ergänzen: (Arbeitsaufnahme mit der entscheidenden Vermittlungshinderung fehlender Kita-Platz)

- Im Rahmen vorhandener Kapazitäten ...

das Wort „kann“ zu streichen und durch „soll“ zu ersetzen.

Abstimmung 1. Änderung: einstimmig angenommen mit 15 Ja-Stimmen

Abstimmung 2. Änderung: einstimmig angenommen mit 15 Ja-Stimmen

§ 3 ohne Änderung

§ 4 Antrag der AWO: analog § 2 einzufügen „erwerbsuchend“ und Im Rahmen „soll“ ein Hortplatz...

Antrag PDS auf Einfügung... und in den Ferienzeiten

Abstimmung zum Antrag des PDS: abgelehnt mit 2 Ja-, 10 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen

§ 5 Vorschlag der Verwaltung mit 11 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Änderungsantrag AWO:

6 Kinder KK; 18 Kinder Kita; 22 Kinder Hort

Abstimmung zum Antrag AWO: angenommen mit 12 Ja- und 3 Nein-Stimmen

§ 6 ohne Antrag

§ 7 Antrag AWO

Herr Mielke erläuterte, dass mit Fachkräften nicht VbE gemeint sind.

Integrationsgruppen gibt es nur in Kindergärten.

Abstimmung zum Antrag AWO: einstimmig angenommen mit 15 Ja-Stimmen

§ 8 und §9 ohne Antrag

§10 Antrag Diakonie auf einheitliche Elternbeiträge

Zum Antrag wurde eine kontroverse Diskussion geführt. Ein Leistungswettbewerb sei bereits da, die Träger selbst könnten am besten Vorgaben zu den Kosten machen und der Wettbewerb sollte nicht über die Elternbeiträge ausgetragen werden.

Abstimmung zum Antrag der Diakonie: angenommen mit 9 Ja-, 4 Nein- Stimmen und einer Enthaltung

Antrag PDS auf soziale Staffelung der Elternbeiträge nach Geschwisterkindern

Nach Schätzung der Kita gGmbH würde eine Regelung zur sozialen Staffelung der Elternbeiträge in ihren Einrichtungen ca. 400 Kinder betreffen. Konkrete zahlen dazu liegen der PDS nicht vor, so Herr Möller.

Abstimmung zum Antrag der PDS: abgelehnt mit 2 Ja-, 5 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen

Frau Seifert gab eine Erläuterung zu den Berechnungszahlen. Die Zahlen dienen der Vergleichbarkeit, z.B. Landesmittel, Regelkosten, Übergangsregelungen, Entwicklung der Platzkosten bei einheitlichen Entgelt mit Personalschlüssel. Dies sei vom JHA so vorgeschlagen und von der Verwaltung umgesetzt.

Herr Hubert schlug dem JHA vor, dass im Frühjahr eine Klausur zum Thema

Haushalt durchgeführt werden könnte. Anschließend forderte er zur Abstimmung über die Satzung als Ganzes mit den vorgetragenen Änderungen auf.

Beschluss:

Die Satzung wurde geändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10

Nein-Stimmen: 0

Enthaltung: 5

zu 5 Konzept zur Arbeit des kommunalen Präventionsrates

Vorlage: 00079/2004

Protokoll:

Herr Hubert verweist die Beschlussvorlage zur Behandlung in die Unterarbeitsgruppe Jugendhilfeplanung am 24.11.2004.

Frau Seifert bringt die Vorlage ein. Am 22.3.2004 erteilte die Stadtvertretung der Verwaltung den Auftrag, das Konzept des damaligen Rates für Kriminalitätsvorbeugung zu überarbeiten. Die vorliegende Überarbeitung wurde mit dem Ordnungsamt abgestimmt. Der Oberbürgermeister hat die Mitglieder des „Kommunalen Präventionsrates“ noch für diesen Monat eingeladen. Es geht u.a. um die Begriffsdefinition Präventionsrat, die noch in das Konzept einfließen soll. Im Sozialausschuss wurde das Konzept vorgestellt, dort wird weiterer Beratungsbedarf gesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:

Nein-Stimmen:

Enthaltung:

zu 6 Sonstiges

Protokoll:

Herr Möller fragte an, wie mit dem Schreiben des Stadtelternrates zum Thema Satzung umzugehen sei. Der Stadtelternrat erwartet keine Antwort. Der Sitzungskalender 2005 wird in der nächsten Sitzung behandelt.

gez. Rudolf Hubert

gez. Sibylle Beck

Ausschussvorsitzende/r

Protokollführer